

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration

Sitzung: Freitag, 24.11.2023, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.09.2023
3. Flüchtlingsangelegenheiten
4. Mitteilungen
5. mündliche Mitteilungen
- 5.1. Benennung eines neuen Bürgermitgliedes für den AK „Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung“
- 5.2. Vorstellung neue Leitung des Referats 0500
- 5.3. Rainbow Cities in Action. Leitfaden für kommunale LSBTIQ-Arbeit
6. Anträge
- 6.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 24.11.2023 23-22246
- 6.1.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 24.11.2023 23-22246-01
- 6.2. Humanität und mehr Ordnung in der Migration - deshalb "Sicherer Hafen" beenden 23-22513
- 6.3. In Kasan inhaftierter Journalistin helfen - Verbindungen zur Verwaltungsspitze nutzen 23-22598
7. Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen 23-21675
- 7.1. Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen 23-21675-01
8. Anfragen
- 8.1. Sachstand der kommunalen Integrationsplanung 23-22508
- 8.2. Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Ausländerangelegenheiten 23-22126
- 8.3. Mehr Safe-Spaces für queere Geflüchtete 23-22510
9. Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen, Gruppierungen und dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

Braunschweig, den 17. November 2023

Betreff:

**Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im
Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und
Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 24.11.2023**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.10.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Entscheidung)

24.11.2023

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration am 24. November 2023 den Punkt „Globale Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023“ aufzunehmen. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten, die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von aktuell 16.509.868 Euro im Haushaltsjahr 2023 (siehe Mitteilung 23-22033 vom 01.09.2023) für den Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit näher zu erläutern.

Diese Erläuterung sollte insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?
2. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen, insbesondere die beim Personalaufwand?
3. Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat dem Rat der Stadt Braunschweig am 01.09.2023 die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-22033 „Haushalt 2023/2024 – Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2023“ zur Kenntnis gegeben. Darin wurde die Ausgangssituation geschildert und das weitere Vorgehen bei der Sachkostensperre dargestellt. In Anlage 2 dieser Mitteilung wurden insgesamt 130 Sparmaßnahmen aufgelistet, ohne diese näher zu erläutern.

Für den Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit sind dies die Maßnahmen mit den lfd. Nr. 57 bis 65, wobei insbesondere die Maßnahmen 62 und 63 für den AVI relevant sein dürften.

Anlagen:

keine

Betreff:

**Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im
Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und
Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 24.11.2023**

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

17.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

24.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu den im Antrag der Fraktion Bündnis 90 – DIE GRÜNEN vom 11.10.2023 (Ds 23-22246) aufgeführten Fragen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Minderaufwendungen und die Mehrerträge kommen wie folgt zustande:

lfd. Nr.	Erläuterung
57	Einmaliger Sondereffekt durch die Nichtbesetzung der Stabsstelle Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie im Jahr 2023. Die tatsächliche Sperrung betrifft ausschließlich Ansätze im Teilhaushalt FB 10.
58	Es handelt sich um neu geschaffene Stellen zum Stellenplan 2023 für den Mehrbedarf bei der Wohngeldsachbearbeitung aufgrund der Wohngeldreform zum 1. Januar 2023. Die für die globale Minderausgabe berücksichtigen Stellen konnten bzw. können in 2023 nicht besetzt werden. Die Freigabe und Besetzung erfolgt fallzahlgebunden.
59	Vier Stellen im Bereich Sporthalle Naumburgstraße wurden bisher nicht besetzt, da die Unterkunft in 2023 nicht mehr zur Unterbringung Geflüchteter benötigt wird.
60 + 61	Verringerung auf der Aufwandsseite aufgrund der aktuell geringeren Anzahl an Bedarfsgemeinschaften SGB II als zum Zeitpunkt der Planung prognostiziert. Absenkung auf der Ertragsseite aufgrund der Erstattungsregelungen (61,60 % vom Aufwand). Insofern tritt hier eine Netto-Entlastung für den Haushalt in Höhe von 844.800 € ein.
62	Es handelt sich hier um eine nicht geplante Sonderzahlung des Landes gem. § 4b AufnG als finanzielle Unterstützung für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine.
63	Anschaffung und Inbetriebnahme von Leichtbauhallen für die Unterbringung von Geflüchteten wird in 2023 nicht erfolgen. Aufwendungen für z.B. Bewachung und Catering entfallen.
64	Der Planansatz für den Härtefallfonds für Privatpersonen zur Abmilderung der Energiekrise wird aufgrund der Fallzahlentwicklung nicht ausgeschöpft.
65	Der Planansatz 2023 für Wohnungsbindungen, Vermieterzuschüsse etc. wird nicht im vollen Umfang ausgeschöpft werden.

Zu Frage 2:

Beim Personalaufwand handelt es sich durchweg um Stellen, die in 2023 aus diversen Gründen nicht besetzt werden konnten bzw. können.

Hinsichtlich der Stabsstelle Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie musste aufgrund vorhandener Strukturen die verwaltungsmäßige Einbindung abgestimmt werden. Die Personalfluktuations- und die immer noch bestehenden Vakanzen sowie die Sicherstellung zwingend notwendiger Aufgaben haben die Umsetzung/Besetzung der Stabsstelle verzögert.

Die Sporthalle Naumburgstraße wurde und wird im Jahr 2023 aller Voraussicht nach nicht mehr für die Unterbringung von Geflüchteten benötigt.

Neu geschaffene Stellen zum Stellenplan 2023 für den Mehrbedarf bei der Wohngeldsachbearbeitung aufgrund der Wohngeldreform zum 1. Januar 2023 mussten und müssen in 2023 teilweise nicht besetzt werden. Die Freigabe und Besetzung erfolgt aufgaben- und fallzahlgebunden, sodass der Bedarf bis Ende 2023 absehbar nicht bestand bzw. bestehen wird. Die Stellen sind weiterhin im Stellenplan vorhanden.

Zu Frage 3:

Nein, es gab keine Verzögerungen oder Behinderungen bei wichtigen Aufgaben und Projekten, die vom Rat beschlossen wurden.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Humanität und mehr Ordnung in der Migration - deshalb "Sicherer Hafen" beenden

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.11.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)

24.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

12.12.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

19.12.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Ratsbeschluss vom 18. Dezember 2018 zur Deklaration Braunschweigs als „Sicherer Hafen“ (DS.-Nr. [18-09767](#)) mit allen daraus resultierenden Auswirkungen (bspw. Beitritt zur Internationalen Allianz der „Sicheren Häfen“, Länderkoordination des Bündnisses für Niedersachsen und Erklärung zur Aufnahme von weiteren Flüchtlingen) wird aufgehoben, ebenso die in der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig vom 14. Februar dieses Jahres (DS.-Nr. [22-20258](#)) beschlossene Patenschaft sowie finanzielle Unterstützung eines Schiffes im Mittelmeer.

Sachverhalt:

Die im Beschlussvorschlag genannten Anträge wurden in der Vergangenheit von der CDU-Ratsfraktion allesamt abgelehnt. Wir waren und wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht Aufgabe einer Kommune ist, über die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Deutschlands eigenständig zu entscheiden und sich einer privaten Initiative anzuschließen. Hierdurch werden Fehlanreize gesetzt, die weder den Flüchtlingen noch den Einwohnern helfen.

Die Unterstützung von privaten Schiffen im Mittelmeer mittels Steuergeldern steht aus unserer Sicht zudem weder im Einklang mit dem Selbstverwaltungsrecht der Kommune, noch obliegt diese Aufgabe der Kommune im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises. Seenotrettung ist eine hoheitliche Aufgabe des Bundes, zu der dieser völkerrechtlich verpflichtet ist. Innerhalb des Staatenverbundes der Europäischen Union existieren mehrere Operationen der EU-Agentur Frontex. Ebenso leisten die Mittelmeerrainer mit ihrer Küstenwache und Marine aktiv Seenotrettung - und das jeden Tag.

Viele Kommunen geraten bei der Flüchtlingsunterbringung und vor allem bei dem Versuch einer späteren Integration an ihre Leistungsgrenzen. Bürgermeister und Landräte appellieren parteiübergreifend seit Langem an die Bundesregierung, endlich zu handeln und die irreguläre Migration spürbar zu begrenzen.

Auch in Braunschweig zeigen sich die Auswirkungen der viel zu langen Untätigkeit in der Ordnung und Steuerung der Migration. Gleichzeitig zeigt Braunschweig viel Herz bei der Integration und Unterbringung der Menschen.

Selbst wenn die Erweiterungspläne der Verwaltung für die dezentralen Wohnstandorte in der Gartenstadt, in Lamme und in Meverode sowie der Bau von Leichtbauhallen auf dem Messegelände zunächst ad acta gelegt sind. Die Übererfüllung der Braunschweiger Zuweisungsquote liegt zu aller erst an einer Verfahrensänderung der Landesaufnahmebehörde (LAB) und sorgt gleichermaßen für deren deutliche Überbelegung.

Viele Bewohner Kralenriedes fühlen sich bereits in den Sommer des Jahres 2015 zurückversetzt, als in der LAB anstatt der zur Verfügung stehenden 750 Plätze mehr als 5.300 Menschen untergebracht waren. Auch die dramatische Überbelegung der LAB belastet die Situation in Braunschweig. Und dass deren Auslastung eine zusätzliche Belastung für unsere Stadt darstellt, hat das Land Niedersachsen dadurch anerkannt, dass die Kapazitäten am Standort an der Boeselagerstraße auf die Zuweisungsquote angerechnet werden.

Innerhalb der Bundespolitik gibt es seit einigen Wochen eine wahrnehmbare Wende in der Migrationspolitik, die einerseits auf die konsequente und dauerhafte Oppositionsarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und andererseits auf das Erstarken der Rechtspopulisten bei den zurückliegenden Wahlen in Bayern und Hessen zurückzuführen ist.

So wurde erst am 8. November dieses Jahres Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der Braunschweiger Zeitung dahingehend zitiert, dass die Grenze der Belastung erreicht sei und es mehr Steuerung bei der Migration geben müsse. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz wurde im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang November in der Tagesschau folgendermaßen zitiert, dass Deutschland mehr und schneller abschieben müsse. Darüber hinaus muss seiner Ansicht nach die irreguläre Migration nach Deutschland begrenzt werden, denn – so die Worte von Olaf Scholz – es kommen zu viele. Zugleich mache uns eine Begrenzung der Zuwanderung nicht zu Unmenschen, wie er unterstrich. Ebendiesen Flüchtlingsgipfel mit ersten Ergebnissen vor allem in Bezug auf die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen bezeichnete Olaf Scholz als „historischen Moment“.

Bereits 2015 hatte unser damaliger Bundespräsident Joachim Gauck in einem Interview mit dem Deutschlandfunk treffend festgestellt: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Diese Aussage macht sich auch die CDU-Ratsfraktion seit 2015 zu eigen und will für Braunschweig eine Neupositionierung in der Migration. Für uns steht fest: Wenn wir auch in Zukunft Menschen, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen, Schutz bieten wollen, müssen wir jegliche Anreize für Flüchtlinge nach Deutschland zu kommen, drastisch reduzieren.

Das Aufkündigen der Deklaration Braunschweigs als „Sicherer Hafen“ trägt dazu bei, irreguläre Migration zu begrenzen und Anreize für den oft tödlichen Weg über das Mittelmeer abzubauen.

Mit der deutlichen Abkehr von einer Politik der offenen Tür, steht die CDU-Ratsfraktion fest an der Seite von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Dieser hat sich Anfang Oktober beim informellen Europagipfel in Granada davon distanziert, die Seenotrettung von Flüchtlingen durch Hilfsorganisationen im Mittelmeer öffentlich zu finanzieren.

Die private Seenotrettung setzt auf das Recht des Stärkeren und lässt eine Unterstützung schwächerer Hilfsbedürftiger wie Frauen, Kinder und Älterer nicht zu. Sie fördert zudem ein aktives Schlepperwesen und ist damit Teil der Organisierten Kriminalität.

Deshalb bedarf es Humanität und mehr Ordnung in der Migration – mit der Aufhebung der Beschlüsse zum „Sicheren Hafen“ kann Braunschweig seinen Anteil dazu leisten.

Anlagen:
keine

Betreff:

In Kasan inhaftierter Journalistin helfen - Verbindungen zur Verwaltungsspitze nutzen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.11.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)

24.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

12.12.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

19.12.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig fordert den Oberbürgermeister auf, seine Verbindungen in die russische Stadt Kasan zu nutzen und die Situation der russisch-amerikanischen Journalistin Alsu Kurmasheva mit der dortigen Verwaltungsspitze anzusprechen, mit dem Ziel, die Haftbedingungen zu verbessern.

Begründung:

Alsu Kurmasheva ist eine Journalistin, die für Radio Free Europe/Radio Liberty arbeitet. Sie besitzt neben der russischen auch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Sie lebt mit ihrer Familie in Prag und war im Mai wegen eines familiären Notfalls nach Russland gereist. Dort wurde sie vorläufig festgenommen, mit einer Geldstrafe belegt und ihre Pässe wurden eingezogen. Der Vorwurf: Kurmasheva habe ihren amerikanischen Pass nicht gemeldet.

Seit Mitte Oktober sitzt Kurmasheva nun wegen neuer Vorwürfe in Kasan in Untersuchungshaft – zunächst bis zum 5. Dezember. Sie wird beschuldigt, „ausländische Agentin“ zu sein – wie viele andere Journalisten seit 2012, die aus dem Ausland finanziert werden oder die verdächtigt werden, unter „Fremdeinfluss“ zu stehen. Ihr drohen damit bis zu fünf Jahre Haft.

Wie schlecht die Haftbedingungen Kurmashevas sind, ist erst seit der vergangenen Woche bekannt. Ihr Arbeitgeber Jeffrey Gedmin, Präsident von Radio Free Europe/Radio Liberty, zitiert Quellen, nach denen Kurmasheva in einer für vier Personen ausgelegten Zelle mit fünf weiteren Frauen einsitzt. Es gebe trotz des beginnenden russischen Winters keine Decken, keine Heizung sowie keine medizinische Versorgung. Der Schlafmangel durch permanente Beleuchtung und eine psychisch kranke, aber psychologisch unversorgte Mitinsassin sei immens. Schlafentzug durch derartige Haftbedingungen wertet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als Folter.

Braunschweig und Kasan unterhalten seit 1998 eine Städtefreundschaft, die allerdings wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine seit dem vergangenen Jahr ruht. Nichtsdestotrotz bestehen Verbindungen zwischen den jeweiligen Stadtoberhäuptern. Der Braunschweiger Oberbürgermeister sollte diese Verbindung nutzen und mit den Ansprechpartnern in Kasan über den Fall Kurmasheva sprechen, um eventuell bessere Haftbedingungen zu erreichen. Auch wenn die Verwaltung keinen Einfluss auf die dortige Justiz haben mag, sollte dieser Fall Anlass sein, über gemeinsame Werte zu sprechen.

Quellen:

<https://pressroom.rferl.org/a/rfe-rl-condemns-detention-of-journalist-alsu-kurmasheva->

inrussia/32644110.html

<https://www.dw.com/de/us-journalistin-alsu-kurmasheva-in-russland-festgenommen/a-67144888>

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/alsu-kurmasheva-in-kasan-festgenommen-russlandbezieht-us-journalistin-der-militarspionage-10650661.html>

sowie mündliche Informationen aus der Mitarbeiterschaft der Abgeordneten des Freundesgruppe demokratisches Belarus im Bundestag. An diese hatte sich Jeffrey Gedmin hilfesuchend gewandt.

Anlagen:

keine

Betreff:

Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

25.08.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

01.09.2023

12.09.2023

19.09.2023

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

„Die in der Anlage beigefügte Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Die Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen erfolgt bisher auf Grundlage von Verfahrenshinweisen aus dem Jahr 2010. Die dort aufgeführten Regelungen sind zum Teil veraltet. Die Neuregelungen sind genauer beschrieben, so dass die Richtlinie zum 1. Januar 2024 zwingend erforderlich ist.

Durch die Neuregelung werden die Fördervoraussetzungen für die Antragstellenden explizit beschrieben und vereinfachen damit die Prüfung der Anträge und das Zuwendungsverfahren.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Nr.1: Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen

Nr. 2: Synopse alte_neue Richtlinie Integrationsfoerderung

Betreff:

Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

16.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

24.11.2023

12.12.2023

19.12.2023

Status

Ö

N

Ö

Beschluss:

„Die in der Anlage 1 beigefügte Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Die Richtlinie wurde bereits am 1. September 2023 im Ausschuss für Vielfalt und Integration behandelt und auf Grund von Änderungsvorschlägen zurückgestellt.

Die eingereichten Änderungsvorschläge wurden rechtlich bewertet und soweit möglich übernommen. Hierzu wird auf die Synopse zur Integrationsrichtlinie (Anlage 2) verwiesen.

Die Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen erfolgt bisher auf Grundlage von Verfahrenshinweisen aus dem Jahr 2010. Die dort aufgeführten Regelungen sind zum Teil veraltet. Die Neuregelungen sind genauer beschrieben, so dass die Richtlinie zum 1. Januar 2024 zwingend erforderlich ist.

Durch die Neuregelung werden die Fördervoraussetzungen für die Antragsteller explizit beschrieben und vereinfachen die Prüfung der Anträge und damit das Zuwendungsverfahren.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Anlage 1 Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen
Anlage 2 Synopse zur Integrationsrichtlinie

Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen

Präambel

Die Stadt Braunschweig fördert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Aktivitäten von Organisationen, die nachhaltig das Ziel verfolgen, die Integration und Gestaltung von Vielfalt zu fördern, die transkulturelle Verständigung sowie die chancengleiche Teilhabe in allen sozialen Handlungsfeldern unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Hautfarbe und Herkunftssprache zu verbessern. Gefördert werden ausschließlich nichtkommerzielle Umsetzungen.

Diesem Ziel dienen insbesondere Veranstaltungen, Maßnahmen, Projekte und Angebote mit Bildungs- und Informationscharakter sowie Kultur- und Freizeitaktivitäten mit transkulturellen und interkulturellen Inhalten. Gefördert werden Organisationen, deren Veranstaltungen nachweislich sozialintegrativen Charakter besitzen.

Der antragstellende Organisation bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den UN-Menschenrechten.

Die Gewährung von Zuwendungen aus den Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig richtet sich nach der jeweils aktuellen Beschlussfassung des Rates der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig (aktuell mit Gültigkeit vom 1. Januar 1999).

Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

§ 1 Förderungsvoraussetzungen

(1) Antragsberechtigung

Gefördert werden Organisationen, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Die Gemeinnützigkeit nach den §§ 51 ff Abgabenordnung ist anerkannt.
- Der Sitz der Organisation ist in Braunschweig oder die Organisation hat eine eigene Braunschweiger Ortsgruppe.
- Die Angebote finden in Braunschweig statt und haben einen integrativen Charakter im Sinne der kommunalen Integrationskonzepte in der jeweils gültigen Fassung oder sie verfolgen Ziele, die integrationsunterstützend sind oder aktuelle Fragestellungen im Integrations-Kontext behandeln.

(2) Nachrangigkeit

Die Gewährung einer Zuwendung ist nachrangig und erfolgt nur, soweit keine anderen Fördermittel der Stadt Braunschweig oder sonstige Drittmittel der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden können.

Mit dem Antrag auf Förderung ist ein Kosten- und Finanzierungsplan einzureichen, der alle das Projekt betreffenden Einnahmen und Ausgaben erfasst.

§ 2 Förder- und Finanzierungsart

(1) Projektförderung

Förderfähig sind einzelne Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen (Projektförderung), entsprechend §1 Absatz 1 Spiegelstrich 3 dieser Richtlinie. Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 Personen sollte eingehalten werden, damit eine Zuwendung gewährt werden kann.

(2) Institutionelle Förderung

Eine institutionelle Förderung erfolgt nicht.

(3) Finanzierungsart

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss, in der Regel als Fehlbedarfsfinanzierung, auf den nicht durch andere Einnahmen gedeckten Finanzierungsanteil gezahlt und auf einen Höchstbetrag gedeckelt. Eine Ausnahme stellt die Vollfinanzierung dar, soweit ein Projekt auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Braunschweig durchgeführt wird.

§ 3 Förderungsumfang

(1) Nichtzuwendungsfähige Ausgaben

Es sind nicht alle Ausgaben zuwendungsfähig. Zu den nicht zuwendungsfähigen Ausgaben zählen u. a. grundsätzlich:

- Investitionen und Anschaffungen (z.B. technische/ elektrische Geräte). Um die Wirtschaftlichkeit zu beachten, ist ggfs. die Miete vorzuziehen..
- Personalkosten, Honorare oder Aufwandsentschädigungen für die unmittelbare Vorstandsarbeit oder die laufende allgemeine Vereinsarbeit. Ausnahmen sind Ehrenamtspauschalen für projektbezogene Tätigkeiten
- Lebensmittel und Getränke, soweit diese nicht der Verpflegung von Künstlerinnen und Künstlern oder der Verpflegung von ehrenamtlich Tätigen am Veranstaltungstag dienen. Verpflegung während Arbeitstreffen sind nicht förderfähig. Ausnahmen sind Ausgaben in geringfügigem Umfang für das Bereitstellen alkoholfreier Getränke bei Bildungsmaßnahmen und Aktivitäten mit Kindern oder Projekte mit Schwerpunkt der Verarbeitung von Lebensmitteln (z.B. Kochprojekte)
- Alkoholische Getränke
- Präsente und Geschenke

(2) Insichgeschäfte

Insichgeschäfte der Organisation, in denen Geschäftsführern oder Vereinsvertretern mit sich selbst im Namen der Organisation Verträge abschließen, sind nicht zulässig.

(3) Auftragsvergaben

Bei allen Aufträgen (auch Honorarverträgen) über 1.000,00 € netto (ohne Umsatzsteuer) ist das Vergaberecht zu beachten und eine freihändige Vergabe durchzuführen. Eine Splittung der Aufträge, um die Grenze von 1.000,00 € zu unterschreiten, ist nicht zulässig. Es sind drei Angebote einzuholen, ein Vergabevermerk über die Auswahl ist zu fertigen und das günstigste Angebot ist grundsätzlich zu nehmen. Sämtliche Unterlagen hierzu sind mit dem Verwendungsnachweis auf Anforderung vorzulegen. Von der Regelung ausgenommen sind z.B. Musikerinnen und Musiker oder Referentinnen und Referenten, die ein Alleinstellungsmerkmal haben. Dies ist für das Projekt kurz zu dokumentieren.

(4) Eigenmittel

Es sind grundsätzlich Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben einzubringen.

Regelmäßig zu zahlende Ausgaben wie Büro- oder Vereinsraummieta sowie Personalausgaben können als Eigenmittel pauschal eingerechnet werden soweit diese nicht bereits von der Stadt Braunschweig oder einem anderen öffentlichen Zuwendungsgeber gefördert werden. Der Umfang der einberechneten Höhe im Rahmen des Projektes ist zu begründen. Ohne Begründung kann pro Monat für Verbrauchsmittel eine Pauschale von 30,00 € (z.B. Papier, IT-Nutzung) für die Projektdauer als Eigenmittel eingesetzt werden.

Bei dem zu erbringenden Eigenanteil kann auch ehrenamtliches Engagement in der Form von freiwilligen, unentgeltlichen Arbeiten als fiktive Ausgabe eingesetzt werden. In diesem Fall kann ein fiktiver Stundenlohn von 15 € pro Stunde eingesetzt werden. Ein Stundennachweis hierüber ist zu führen.

(5) Besserstellungsverbot

Entsprechend der Zuwendungsrichtlinien der Stadt Braunschweig ist das Besserstellungsverbot zu beachten und einzuhalten. Bei Reisekosten ist die Niedersächsische Reisekostenverordnung zu beachten. Der ÖPNV ist vorrangig zu nutzen. Sofern der ÖPNV nicht genutzt werden kann, ist dies nachvollziehbar zu begründen.

§ 4 Antrags- und Bewilligungsverfahren

(1) Antragsverfahren

Die Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Integrationsmaßnahmen sind schriftlich grundsätzlich zu folgenden Terminen zu stellen:

- 15.03. (für Maßnahmen, die im Zeitraum von 01.05. bis 31.12. beginnen)
- 15.06. (von 01.08. bis 31.12.)
- 15.09. (von 01.11. bis 31.12.)
- 15.11. (von 01.01. bis 31.12. im Folgejahr)

Sollte in Ausnahmefällen eine abweichende Antragstellung erfolgen, ist diese zu begründen. Anträge sind dennoch 4 Wochen vor Beginn des Projektzeitraumes zu stellen.

Für die Beantragung sind die auf der Homepage der Stadt Braunschweig bereitgestellten Antragsformulare zu verwenden und dem Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig zuzuleiten.

Dem Antrag sind insbesondere beizufügen:

- ein Kosten- und Finanzierungsplan mit Darstellung der geplanten einzelnen Aufwendungen/Erträge auch Eigen- und sonstige Drittmittel,
- eine Ausfertigung der Vereinssatzung
- eine inhaltliche Maßnahmenbeschreibung,
- eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff Abgabenordnung
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

(2) Bewilligung

Die Verwaltung bewertet und entscheidet über die Anträge bis zu einer Einzelförderung in Höhe von 5.000 €. Ab einer Fördersumme von 5.000 € entscheidet der zuständige Fachausschuss des Rates der Stadt Braunschweig. Die Zuwendung wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans festgesetzt und durch schriftlichen Bescheid durch die Verwaltung bewilligt. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

(3) Auszahlung

Die Förderung und die Auszahlung der Zuwendung kann erst nach Bestandskraft des Bescheides erfolgen.

§ 5 Verwendungsnachweis

(1) Umfang des Verwendungsnachweises

Der Verwendungsnachweis ist bis spätestens zu dem im Zuwendungsbescheid genannten Termin einzureichen. Der Vordruck für den Verwendungsnachweis steht auf der Homepage der Stadt Braunschweig zur Verfügung und ist mit folgenden Angaben bzw. Unterlagen vorzulegen:

- einem Sachbericht über Ablauf und Inhalte der Maßnahmen/Angebote sowie Einschätzung über den Erfolg (Zielerreichungsgrad) mit einer Aufstellung der Maßnahmen und Angebote mit Zeitangaben,
- bei Bildungsmaßnahmen, Kursen und Workshops: einer Teilnehmerinnenliste bzw. Teilnehmerliste mit Angabe des Wohnortes und Originalunterschrift,
- einem zahlenmäßigen Nachweis,
- einer Belegliste mit durchnummerierten Belegen aller Einnahmen und Ausgaben mit Datum in Bezug auf die Positionen des Verwendungsnachweises sowie Kosten- und Finanzierungsplanes

Belege sind ggfs. im Rahmen einer stichprobenhaften Prüfung nachzureichen.

(2) Folgen bei Fristablauf

Werden die erforderlichen Unterlagen ohne nachvollziehbare Begründung nicht innerhalb der gesetzten Frist eingereicht, kann der Widerruf des Zuwendungsbescheides geprüft werden. § 7 S. 1 gilt entsprechend. Eine Fristverlängerung ist in begründeten Einzelfällen auf Antrag möglich.

§ 6 Prüfung der Verwendung

Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, die Verwendung der Zuwendungen durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, soweit sie sich auf den Zuwendungszweck beziehen, zu prüfen. Hierzu sind die entsprechenden Unterlagen auf Anforderung vorzulegen oder nach Vereinbarung in den Räumen des Zuwendungsempfängers zu prüfen.

Sofern andere gesetzliche Auflagen nicht eine längere Aufbewahrungszeit erforderlich machen, sind die Unterlagen über einen Zeitraum von 5 Jahren zum Zwecke der Prüfung aufzubewahren.

§ 7 Unwirksamkeit, Rücknahme und Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderung der Zuwendung

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie als Folge davon die Rückforderung der Zuwendungen inklusive der zu entrichtenden Zinsen richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 Abs. 1 NVwVfG i. v. m. §§ 48, 49, 49a VwVfG).

Dies Zuwendung ist insbesondere zu erstatten, wenn

1. Zuwendungen zweckentfremdet werden.
2. sich nachträglich herausstellt, dass die Organisation zur Erlangung von Zuwendungen falsche Angaben gemacht hat.
3. die inhaltliche Arbeit im Projekt so verändert wurde, dass das im Antrag vorgesehene Ziel nicht mehr verfolgt wurde.

Der Erstattungsanspruch kann gemäß den geltenden städtischen Zuwendungsrichtlinien verzinst werden beginnend mit dem Zeitpunkt seiner Entstehung.

§ 8 Schlussbestimmungen

Sofern die städtischen Zuwendungsrichtlinien künftig andere Regelungen treffen, ersetzen diese automatisch die Regelungen dieser Vereinbarung. Die Änderungen treten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen städtischen Zuwendungsrichtlinien in Kraft.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft.

Bisherige Fassung	Änderungsvorschläge	Stellungnahme Verwaltung	Neufassung
<p>Präambel</p> <p>Die Stadt Braunschweig fördert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Aktivitäten von Organisationen, die nachhaltig das Ziel verfolgen, die Integration und Gestaltung von Vielfalt zu fördern, die transkulturelle Verständigung sowie die chancengleiche Teilhabe in allen sozialen Handlungsfeldern unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Hautfarbe und Herkunftssprache zu verbessern. Gefördert werden ausschließlich nichtkommerzielle Umsetzungen.</p> <p>Diesem Ziel dienen insbesondere Veranstaltungen, Maßnahmen, Projekte und Angebote mit Bildungs- und Informationscharakter sowie Kultur- und Freizeitaktivitäten mit transkulturellen Inhalten. Gefördert werden Institutionen und Organisationen, deren Veranstaltungen nachweislich sozialintegrativen Charakter besitzen.</p> <p>Der antragstellende Verein bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Diesem Ziel dienen insbesondere Veranstaltungen, Maßnahmen, Projekte und Angebote mit Bildungs- und Informationscharakter sowie Kultur- und Freizeitaktivitäten mit transkulturellen und interkulturellen Inhalten.</p> <p>Die antragstellende Organisation bekennt sich zur freiheitlich-</p>	<p>Ergänzung übernehmen</p> <p>Änderung übernehmen</p>	<p>Präambel</p> <p>Die Stadt Braunschweig fördert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Aktivitäten von Organisationen, die nachhaltig das Ziel verfolgen, die Integration und Gestaltung von Vielfalt zu fördern, die transkulturelle Verständigung sowie die chancengleiche Teilhabe in allen sozialen Handlungsfeldern unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Hautfarbe und Herkunftssprache zu verbessern. Gefördert werden ausschließlich nichtkommerzielle Umsetzungen.</p> <p>Diesem Ziel dienen insbesondere Veranstaltungen, Maßnahmen, Projekte und Angebote mit Bildungs- und Informationscharakter sowie Kultur- und Freizeitaktivitäten mit transkulturellen und interkulturellen Inhalten. Gefördert werden Organisationen, deren Veranstaltungen nachweislich sozialintegrativen Charakter besitzen.</p> <p>Die antragstellende Organisation bekennt sich zur freiheitlich-</p>

<p>Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den UN-Menschenrechten.</p> <p>Die Gewährung von Zuwendungen aus den Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig richtet sich nach der jeweils aktuellen Beschlussfassung des Rates der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig (aktuell mit Gültigkeit vom 1. Januar 1999).</p> <p>Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.</p>	<p>demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den UN-Menschenrechten.</p>		<p>demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den UN-Menschenrechten.</p> <p>Die Gewährung von Zuwendungen aus den Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig richtet sich nach der jeweils aktuellen Beschlussfassung des Rates der Stadt Braunschweig über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig (aktuell mit Gültigkeit vom 1. Januar 1999).</p> <p>Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.</p>
<p>§ 1 Förderungsvoraussetzungen (1) Antragsberechtigung Gefördert werden Vereine, die im Vereinsregister eingetragen sind und folgende Voraussetzungen erfüllen: - Die Gemeinnützigkeit nach den §§ 51 ff Abgabenordnung ist anerkannt. - Der Sitz des Vereins ist in Braunschweig. - Die Angebote finden in Braunschweig statt und haben einen integrativen Charakter im</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gefördert werden Vereine und Organisationen, die folgende Voraussetzungen erfüllen: - Die Gemeinnützigkeit nach den §§ 51 ff Abgabenordnung ist anerkannt. - Der Sitz der Organisation ist in Braunschweig oder die Organisation hat eine eigene Braunschweiger Ortsgruppe - Die Angebote finden in Braunschweig statt und haben einen integrativen Charakter im</p>	<p>Den Änderungsvorschlägen der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen kann gefolgt werden.</p>	<p>§ 1 Förderungsvoraussetzungen (1) Antragsberechtigung Gefördert werden Organisationen, die folgende Voraussetzungen erfüllen: - Die Gemeinnützigkeit nach den §§ 51 ff Abgabenordnung ist anerkannt. - Der Sitz der Organisation ist in Braunschweig oder die Organisation hat eine eigene Braunschweiger Ortsgruppe - Die Angebote finden in Braunschweig statt und haben</p>

<p>Sinne der kommunalen Integrationskonzepte in der jeweils gültigen Fassung sowie nach ermittelten Bedarfen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit, Abteilung Migrationsfragen und Integration, Büro für Migrationsfragen.</p>	<p>Sinne der kommunalen Integrationskonzepte in der jeweils gültigen Fassung oder sie verfolgen Ziele, die integrationsunterstützend sind oder aktuelle Fragestellungen im Integrations-Kontext behandeln.</p> <p>Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI Der folgende Teilsatz soll gestrichen werden im Sinne der kommunalen Integrationskonzepte in der jeweils gültigen Fassung sowie nach ermittelten Bedarfen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit, Abteilung Migrationsfragen und Integration, Büro für Migrationsfragen</p>	<p>Ein Streichen entsprechend dem Vorschlag der Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI kommt nicht in Betracht, da in dem Fall nur noch der unbestimmte Rechtsbegriff „integrativer Charakter“ verbleibt. Hier ist dann in jedem Fall eine noch umfangreiche Begründung zur Förderung oder Ablehnung erforderlich.</p>	<p>einen integrativen Charakter im Sinne der kommunalen Integrationskonzepte in der jeweils gültigen Fassung oder sie verfolgen Ziele, die integrationsunterstützend sind oder aktuelle Fragestellungen im Integrations-Kontext behandeln.</p>
<p>(2) Nachrangigkeit Die Gewährung einer Zuwendung ist nachrangig und erfolgt nur, soweit keine anderen Fördermittel der Stadt Braunschweig oder sonstige Drittmittel der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden können. Mit dem Antrag auf Förderung sind alle das Projekt betreffenden Einnahmen und Ausgaben anzugeben.</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mit dem Antrag auf Förderung ist ein Kosten- und Finanzierungsplan einzureichen, der alle das Projekt betreffenden Einnahmen und Ausgaben erfasst.</p>	<p>Änderung übernehmen</p>	<p>(2) Nachrangigkeit Die Gewährung einer Zuwendung ist nachrangig und erfolgt nur, soweit keine anderen Fördermittel der Stadt Braunschweig oder sonstige Drittmittel der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden können. Mit dem Antrag auf Förderung ist ein Kosten- und Finanzierungsplan einzureichen, der alle das Projekt betreffenden Einnahmen und Ausgaben erfasst.</p>

<p>§ 2 Förder- und Finanzierungsart (1) Projektförderung Förderfähig sind einzelne Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen (Projektförderung), die der Verständigung und Integration im Sinne der „Kommunalen Integrationskonzepte“ dienen. Hierzu gehören auch interkulturelle Einzelveranstaltungen mit integrativem Ansatz. Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 Personen sollte eingehalten werden, damit eine Zuwendung gewährt werden kann.</p> <p>(2) Institutionelle Förderung</p> <p>Eine institutionelle Förderung erfolgt nicht.</p>			<p>§ 2 Förder- und Finanzierungsart (1) Projektförderung Förderfähig sind einzelne Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen (Projektförderung), entsprechend §1 Absatz 1 Spiegelstrich 3 dieser Richtlinie. Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 Personen sollte eingehalten werden, damit eine Zuwendung gewährt werden kann.</p> <p>(2) Institutionelle Förderung</p> <p>Eine institutionelle Förderung erfolgt nicht.</p>
<p>(3) Finanzierungsart Die Zuwendung wird in der Regel als Fehlbedarfsfinanzierung auf den nicht durch andere Einnahmen gedeckten Finanzierungsanteil gezahlt, auf einen Höchstbetrag begrenzt und erfolgt in Form eines angemessenen Pauschalbetrages.</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Festbetragsfinanzierung zur Projektförderung gewährt.</p>	<p>Die Fehlbedarfsfinanzierung hat sich in der Praxis gerade vor dem Hintergrund der Überfinanzierung von Projekten und damit verbunden mit den notwendigen Rückforderungen als die richtige Finanzierungsart erwiesen. Durch die Fehlbedarfsfinanzierung kann die nachrangige Förderung einfacher umgesetzt werden. Der Zusatz „nicht rückzahlbarer Zuschuss“ kann ergänzt und der Halbsatz „angemessener Pauschalbetrag“ gestrichen werden.</p>	<p>(3) Finanzierungsart Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss, in der Regel als Fehlbedarfsfinanzierung, auf den nicht durch andere Einnahmen gedeckten Finanzierungsanteil gezahlt und auf einen Höchstbetrag gedeckelt. Eine Ausnahme stellt die Vollfinanzierung dar, soweit ein Projekt auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Braunschweig durchgeführt wird.</p>

<p>§ 3 Förderungsumfang (1) Nichtzuwendungsfähige Ausgaben Es sind nicht alle Ausgaben zuwendungsfähig. Zu den nicht zuwendungsfähigen Ausgaben zählen u. a. grundsätzlich: - Technische/elektrische Geräte - Personalkosten/ Honorare/Aufwandsentschädigungen für Vereinsmitarbeiter/innen und Vereinsmitglieder, Vorstand, Geschäftsführung - Lebensmittel und Getränke, soweit diese nicht der Verpflegung von Künstler/innen dienen - Alkoholische Getränke - Präsente und Geschenke - Investitionen</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Investitionen und Anschaffungen - Personalkosten, Honorare oder Aufwandsentschädigungen für die unmittelbare Vorstandsarbeit oder die laufende allgemeine Vereinsarbeit. Davon ausgenommen sind Bezahlungen für Tätigkeiten im Rahmen von beispielsweise Vereinsentwicklungsprozessen - Lebensmittel und Getränke, soweit diese nicht der Verpflegung von beispielsweise Künstler/innen oder der Verpflegung von ehrenamtlich tätigen Personen während des Projektes dienen. Ausnahmen sind Ausgaben in geringfügigem Umfang für das Bereitstellen alkoholfreier Getränke bei Bildungsmaßnahmen und Aktivitäten mit Kindern.</p> <p>Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI Technische/ elektrische Geräte streichen</p> <p>Bürgermitglied § 3 (1) Nichtzuwendungsfähige Ausgaben Das Anschaffungen (uns sei es eine Bluetooth-Box für einen Musikabend o.ä.) und Lebensmittel (Kochprojekte) im</p>	<p>Technische/elektrische Geräte und Investitionen zusammenzufassen ist nachvollziehbar und sinnvoll.</p> <p>Technische/elektrische Geräte für einen auf das projektbezogenen einmaligen oder kurzfristigen Gebrauch können in der Regel gemietet werden. Die Kosten wären zuwendungsfähig.</p> <p>Bei den Personalkosten sollte der vorgeschlagene 2. Satz gestrichen werden. Der projektbezogene Zusammenhang ist hier nicht zu erkennen. Dafür könnte aufgenommen werden: Ausnahmen sind Ehrenamtszuschüsse für projektbezogene Tätigkeiten.</p> <p>Lebensmittel: den Halbsatz „oder der Verpflegung von ehrenamtlich tätigen Personen...“ sollte wie folgt formulieren werden. oder der Verpflegung von ehrenamtlich Tätigen am Veranstaltungstag. Verpflegung während Arbeitstreffen sind nicht förderfähig. Den letzten Satz des Änderungsvorschlages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde ich noch ergänzen: oder Projekte mit</p>	<p>§ 3 Förderungsumfang (1) Nichtzuwendungsfähige Ausgaben Es sind nicht alle Ausgaben zuwendungsfähig. Zu den nicht zuwendungsfähigen Ausgaben zählen u. a. grundsätzlich: - Investitionen und Anschaffungen (z.B. technische/ elektrische Geräte). Um die Wirtschaftlichkeit zu beachten, ist ggfs. die Miete vorzuziehen.. - Personalkosten, Honorare oder Aufwandsentschädigungen für die unmittelbare Vorstandsarbeit oder die laufende allgemeine Vereinsarbeit. Ausnahmen sind Ehrenamtszuschüsse für projektbezogene Tätigkeiten - Lebensmittel und Getränke, soweit diese nicht der Verpflegung von Künstlerinnen und Künstlern oder der Verpflegung von ehrenamtlich Tätigen am Veranstaltungstag dienen. Verpflegung während Arbeitstreffen sind nicht förderfähig. Ausnahmen sind Ausgaben in geringfügigem Umfang für das Bereitstellen alkoholfreier Getränke bei Bildungsmaßnahmen und Aktivitäten mit Kindern oder Projekte mit Schwerpunkt der</p>
--	--	---	---

	Rahmen der Förderung von Integrationsmaßnahmen nicht möglich sein soll, wäre sehr bedauerlich Insbesondere da die Bedeutung von gemeinschaftlicher Nahrungszubereitung als nichtsprachlicher Anknüpfungspunkt für kulturelle Verständigung gerade im Integrationsbereich eine hohe Bedeutung hat.	Schwerpunkt Verarbeitung von Lebensmitteln (z.B. Kochprojekte)	Verarbeitung von Lebensmitteln (z.B. Kochprojekte) - Alkoholische Getränke - Präsente und Geschenke
(2) Insichgeschäfte Insichgeschäfte des Vereins sind nicht zulässig.	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Der Punkt Insichgeschäfte wird gestrichen, da in diesem Kontext unverständlich.	Mit dem Verbot der Insichgeschäfte sollte verhindert werden, dass ein Vereinsvertreter oder Geschäftsführer mit sich selbst im Namen des Vereins einen Vertrag schließt.	(2) Insichgeschäfte Insichgeschäfte der Organisation in denen Geschäftsführern oder Vereinsvertretern mit sich selbst im Namen der Organisation Verträge abschließen, sind nicht zulässig.
(3) Auftragsvergaben Bei allen Aufträgen (auch Honorarverträgen) über 1.000,00 € netto (ohne Umsatzsteuer) ist das Vergaberecht zu beachten. Eine Splittung der Aufträge, um die Grenze von 1.000,00 € zu unterschreiten, ist nicht zulässig. Es sind drei Angebote einzuholen, ein Vergabevermerk über die Auswahl ist zu fertigen und das günstigste Angebot ist grundsätzlich zu nehmen. Sämtliche Unterlagen hierzu sind mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen.	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wird ersatzlos gestrichen. Das würde einen hohen bürokratischen Aufwand für verhältnismäßig kleine Summen erzeugen, der für beide Seiten nicht vertretbar ist. Bei Honorarverträgen für einzelne Bildungsangebote, Künstlervträgen etc. ist eine freihändige Auftragsvergabe im Vergaberecht grundsätzlich schon überall jederzeit möglich. Anschaffungen werden im Rahmen dieser Richtlinie nicht gefördert. Damit wäre der Punkt Auftragsvergaben eine Verschärfung aller schon jetzt gültigen Förderungsrichtlinien im	Aus Gründen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sind drei Vergleichsangebote einzuholen und das Günstigste ist zu nehmen. Zu beachten ist hier, dass Künstlerinnen, Künstler oder auch Referentinnen und Referenten häufig ein Alleinstellungsmerkmal haben. Dies muss nur in einem kurzen Vermerk festgehalten werden. Angebote sind in den Fällen nicht einzuholen. Im Jahr 2023 liegen bisher 17 Anträge vor. Lediglich in 4 Anträgen sind Kosten enthalten, die eine Angebotseinholung erfordern könnten. Der Aufwand ist gering und zu vertreten.	(3) Auftragsvergaben Bei allen Aufträgen (auch Honorarverträgen) über 1.000 € netto (ohne Umsatzsteuer) ist das Vergaberecht zu beachten und eine freihändige Vergabe durchzuführen. Eine Splittung der Aufträge, um die Grenze von 1.000 € zu unterschreiten, ist nicht zulässig. Es sind drei Angebote einzuholen, ein Vergabevermerk über die Auswahl ist zu fertigen und das günstigste Angebot ist grundsätzlich zu nehmen. Sämtliche Unterlagen hierzu sind mit dem Verwendungsnachweis auf Anforderung vorzulegen. Von der Regelung ausgenommen sind

	<p>Bundes- und Landesbereich und muss dringend gestrichen werden.)</p> <p>Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI Absatz 3 streichen Bürgermitglied §3 (3) Auftragsvergabeverfahren Leider halten wir dieses Verfahren für umständlich, wenngleich es für einige Teilbereiche nachvollziehbar ist.</p>	<p>Im Bundesprogramm Demokratie leben! Fordert der Bund auch eine entsprechende Auftragsvergabe Die Neufassung wird um den Punkt Alleinstellungsmerkmal ergänzt.</p>	<p>z.B. Musikerinnen und Musiker oder Referentinnen und Referenten, die ein Alleinstellungsmerkmal haben. Dies ist für das Projekt kurz zu dokumentieren.</p>
<p>(4) Eigenmittel</p> <p>Es sind grundsätzlich Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben einzubringen. Vereinseigene Sachmittel und regelmäßig zu zahlenden Ausgaben wie Büro- oder Vereinsraummiete sowie Personalausgaben gelten nicht als Eigenmittel.</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Es sind grundsätzlich Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben einzubringen. Vereinseigene Sachmittel und regelmäßig zu zahlenden Ausgaben wie Büro- oder Vereinsraummiete sowie Personalausgaben können als Eigenmittel pauschal eingerechnet werden, wenn sie begründet im Rahmen des Projektes im Umfang der einberechneten Höhe genutzt werden. Der Umfang sollte begründet werden. Bei dem zu erbringenden Eigenanteil kann auch ehrenamtliches Engagement in der Form von freiwilligen, unentgeltlichen Arbeiten als fiktive Ausgabe eingesetzt werden. In diesem Fall kann ein fiktiver Stundenlohn von 15 € pro Stunde eingesetzt werden.</p>	<p>Der Formulierung kann grundsätzlich gefolgt werden.</p> <p>Satz 2 und 3 sollten wie folgt formuliert werden. Vereinseigene Sachmittel und regelmäßig zu zahlenden Ausgaben wie Büro- oder Vereinsraummiete sowie Personalausgaben können als Eigenmittel pauschal eingerechnet werden, wenn sie begründet im Rahmen des Projektes im Umfang der einberechneten Höhe genutzt werden. Dies gilt nur insoweit die Kosten nicht bereits von der Stadt Braunschweig oder einem anderen öffentlichen Zuwendungsgeber gefördert werden. Der Umfang der Sachmittel, Miete und Personalkosten ist auf das Projekt bezogen zu begründen. Hinweis: Eigenmittel sollen grundsätzlich eingebracht werden.</p>	<p>(4) Eigenmittel</p> <p>Es sind grundsätzlich Eigenmittel in Höhe von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben einzubringen. Regelmäßig zu zahlende Ausgaben wie Büro- oder Vereinsraummiete sowie Personalausgaben können als Eigenmittel pauschal eingerechnet werden soweit diese nicht bereits von der Stadt Braunschweig oder einem anderen öffentlichen Zuwendungsgeber gefördert werden. Der Umfang der einberechneten Höhe im Rahmen des Projektes ist zu begründen. Ohne Begründung kann pro Monat für Verbrauchsmittel eine Pauschale von 30,00 € (z.B. Papier, IT-Nutzung) für die</p>

	<p>Bürgermitglied § 3 (4) Eigenmittel / mind. 10% und regelmäßige zu zahlenden Ausgaben (Mieten, Personalkosten) zählen nicht dazu Damit wären aus unserer Sicht einige Projekte nicht mehr zu realisieren.</p>	<p>D.h., Ausnahmen sind in begründeten Fällen möglich. Z.B., wenn ein Projekt auf Wunsch der Verwaltung durchgeführt wird.</p>	<p>Projektdauer als Eigenmittel eingesetzt werden. Bei dem zu erbringenden Eigenanteil kann auch ehrenamtliches Engagement in der Form von freiwilligen, unentgeltlichen Arbeiten als fiktive Ausgabe eingesetzt werden. In diesem Fall kann ein fiktiver Stundenlohn von 15 € pro Stunde eingesetzt werden. Ein Stundennachweis hierüber ist zu führen.</p>
<p>(5) Besserstellungsverbot Entsprechend der Zuwendungsrichtlinien der Stadt Braunschweig ist das Besserstellungsverbot zu beachten und einzuhalten. Hierzu gehören auch die Fahrt- und Reisekosten. Die Regelungen der Niedersächsischen Reisekostenverordnung sind daher einzuhalten.</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bei Reisekosten sind gemäß der Niedersächsischen Reisekostenverordnung die Fahrtkosten des ÖPNV`s abzurechnen. Falls für Fahrten der ÖPNV nicht möglich ist oder einen erhöhten Aufwand erfordert können für Fahrten mit dem PKW Kilometerkosten bis zur nach Niedersächsischen Reisekostenverordnung maximal zulässigen Höhe berücksichtigt werden.</p>	<p>Dem Vorschlag kann gefolgt werden und sollte um folgenden Satz ergänzt werden: Sofern der ÖPNV nicht genutzt werden kann, ist dies nachvollziehbar zu begründen.</p>	<p>(5) Besserstellungsverbot Entsprechend der Zuwendungsrichtlinien der Stadt Braunschweig ist das Besserstellungsverbot zu beachten und einzuhalten. Bei Reisekosten ist die Niedersächsische Reisekostenverordnung zu beachten. Der ÖPNV ist vorrangig zu nutzen. Sofern der ÖPNV nicht genutzt werden kann, ist dies nachvollziehbar zu begründen.</p>
<p>§ 4 Antrags- und Bewilligungsverfahren (1) Antragsverfahren</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Die Zeiträume wurden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>§ 4 Antrags- und Bewilligungsverfahren (1) Antragsverfahren</p>

<p>Die Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Integrationsmaßnahmen sind schriftlich zu folgenden Terminen zu stellen:</p> <p>15.03. (für Maßnahmen, die im Zeitraum von 01.05. bis 31.07. beginnen)</p> <p>15.06. (von 01.08. bis 31.10.)</p> <p>15.09. (von 01.11. bis 31.12.)</p> <p>15.11. (von 01.01. bis 30.04. im Folgejahr)</p> <p>Für die Beantragung sind die auf der Homepage der Stadt Braunschweig bereitgestellten Antragsformulare zu verwenden und dem Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig zuzuleiten.</p> <p>Dem Antrag sind insbesondere beizufügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Kosten- und Finanzierungsplan mit Darstellung der geplanten einzelnen Aufwendungen/Erträge auch Eigen- und sonstige Drittmittel, - ggf. eine Ausfertigung der Vereinssatzung - eine inhaltliche Maßnahmenbeschreibung, - eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff Abgabenordnung - Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung 	<p>15.03. (für Maßnahmen, die im Zeitraum von 01.05. bis 31.12. beginnen)</p> <p>15.06. (für Maßnahmen vom 01.08. bis 31.12.)</p> <p>15.09. (für Maßnahmen vom 01.11. bis 31.12.)</p> <p>15.11. (für Maßnahmen vom 01.01. bis 30.12. im Folgejahr)</p> <p>In Ausnahmefällen können bei kurzfristig erforderlicher, im vornherein nicht planbarer Projektförderungen auch Anträge außerhalb dieser Fristen gestellt werden. Die kurzfristige Bearbeitung und Bewilligung kann allerdings nicht gewährleistet werden.</p> <p>Eine jahresübergreifende Antragsgewährung muss im Vorfeld mit der Fachverwaltung abgeklärt werden.</p> <p>Bürgermitglied</p> <p>Zudem würden wir uns flexiblere Fristen beim Antragsverfahren wünschen</p>	<p>genauer definiert. Sagen aber das selbe aus. Es wurde im städtischen Entwurf auf den Beginn abgestellt, nicht auf den Durchführungszeitraum.</p> <p>Ausnahmefälle sind bisher nicht bekannt. Die Bewertung, ob es ein Ausnahmefall vorliegt, ist mitunter sehr schwierig. Es wird die Möglichkeit der begründeten Ausnahmefälle aufgenommen. Eine jahresübergreifende Antragsgewährung wird problematisch gesehen. Die städt. Zuwendungsrichtlinien § 8 Abs. 2 treffen hierzu folgende Aussage: Der Zuwendungsbescheid muss insbesondere enthalten: den Bewilligungszeitraum; dieser kann bei Zuwendungen zur Projektförderung über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen, soweit hierfür eine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorhanden ist. Eine jahresübergreifende Bewilligung kann nur erfolgen, sofern im zweiten Jahr keine Haushaltsmittel mehr fließen. Da nur Zuwendungsmittel ausgezahlt werden dürfen, die innerhalb von 2 Monaten verbraucht werden, kann das nur Anträge mit einem Durchführungszeitraum von</p>	<p>Die Anträge auf Gewährung einer Zuwendung für Integrationsmaßnahmen sind schriftlich grundsätzlich zu folgenden Terminen zu stellen:</p> <p>15.03. (für Maßnahmen, die im Zeitraum von 01.05. bis 31.12. beginnen)</p> <p>15.06. (von 01.08. bis 31.12.)</p> <p>15.09. (von 01.11. bis 31.12.)</p> <p>15.11. (von 01.01. bis 31.12. im Folgejahr)</p> <p>Sollte in Ausnahmefällen eine abweichende Antragstellung erfolgen, ist diese zu begründen. Anträge sind dennoch 4 Wochen vor Beginn des Projektzeitraumes zu stellen.</p> <p>Für die Beantragung sind die auf der Homepage der Stadt Braunschweig bereitgestellten Antragsformulare zu verwenden und dem Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig zuzuleiten.</p> <p>Dem Antrag sind insbesondere beizufügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein Kosten- und Finanzierungsplan mit Darstellung der geplanten einzelnen Aufwendungen/Erträge auch Eigen- und sonstige Drittmittel, - eine Ausfertigung der Vereinssatzung
---	--	---	--

		<p>längstens bis zum 28.02. des Folgejahres betreffen. Solche Anträge gab es bislang nicht. Die Antragsfristen orientieren sich an denen für das Bundesprojekt Demokratie leben. Da Antragsteller häufig identische sind, erleichtern einheitliche Fristen ihnen die Arbeit. Des Weiteren erleichtert es die Arbeit der Verwaltung, da eine bessere Planung und Vergabe der Zuwendungen ermöglicht werden. Die bisherige Formulierung wird um den Zusatz grundsätzlich ergänzt und ermöglicht somit im Ausnahmefall auch eine abweichende Antragsfrist. Wie bisher ist die 4 Wochenfrist für die Anträge einzuhalten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - eine inhaltliche Maßnahmenbeschreibung, - eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit nach §§ 51 ff Abgabenordnung - Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung
<p>(2) Bewilligung</p> <p>Die Verwaltung bewertet die Anträge aufgrund von festgelegten Kriterien. Die Zuwendung wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans festgesetzt und durch schriftlichen Bescheid durch die Verwaltung bewilligt.</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Die Verwaltung bewertet und entscheidet über die Anträge bis zu einer Einzelförderung von 5.000 €. Ab einer Fördersumme von 5.000 € entscheidet der zuständige Fachausschuss des Rates der Stadt Braunschweig. Die Zuwendung wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans festgesetzt und durch schriftlichen Bescheid durch die Verwaltung bewilligt. Ein</p>	<p>Vorschlag kann übernommen werden.</p>	<p>(2) Bewilligung</p> <p>Die Verwaltung bewertet und entscheidet über die Anträge bis zu einer Einzelförderung in Höhe von 5.000 €. Ab einer Fördersumme von 5.000 € entscheidet der zuständige Fachausschuss des Rates der Stadt Braunschweig. Die Zuwendung wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans festgesetzt und durch schriftlichen Bescheid</p>

	Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.		durch die Verwaltung bewilligt. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.
(3) Auszahlung Die Förderung und die Auszahlung der Zuwendung kann erst nach Bestandskraft des Bescheides erfolgen.			(3) Auszahlung Die Förderung und die Auszahlung der Zuwendung kann erst nach Bestandskraft des Bescheides erfolgen.
§ 5 Verwendungsnachweis (1) Umfang des Verwendungsnachweises Der Verwendungsnachweis ist bis spätestens zu dem im Zuwendungsbescheid genannten Termin einzureichen. Der Vordruck für den Verwendungsnachweis steht auf der Homepage der Stadt Braunschweig zur Verfügung und ist mit folgenden Angaben bzw. Unterlagen vorzulegen: <ul style="list-style-type: none"> - einem Sachbericht über Ablauf und Inhalte der Maßnahmen/Angebote sowie Einschätzung über den Erfolg (Zielerreichungsgrad), - einer Aufstellung der Maßnahmen und Angebote mit Zeitangaben, 	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: - bei Bildungsmaßnahmen, Kursen und Workshops einer Teilnehmerliste bzw. Teilnehmerinnenliste mit Angabe des Wohnortes und Originalunterschrift, Zahlenmäßiger Nachweis: Es wird grundsätzlich ein einfacher Verwendungsnachweis in Anlehnung an die Nummer 6.6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung des Landes Niedersachsen (AN- Best P) zugelassen. Dazu gehört eine nach Datum sortierte Auflistung aller Einnahmen- und Ausgaben mit Bezug zu den Positionen im Kosten- und Finanzierungsplan. Der Vordruck für den zahlenmäßigen Nachweis steht auf der Homepage der Stadt	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Spiegelstrich kann übernommen werden. Die Formulierung zur Belegliste sollte angepasst werden: - einer Belegliste mit durchnummerierten Belegen aller Einnahmen und Ausgaben mit Datum in Bezug auf die Positionen des Verwendungsnachweises und des Kosten- und Finanzierungsplans. Bei allen Überlegungen sind auch bei geringfügigen Zuwendungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Die bisherige Form und die geforderten Unterlagen haben sich	§ 5 Verwendungsnachweis (1) Umfang des Verwendungsnachweises Der Verwendungsnachweis ist bis spätestens zu dem im Zuwendungsbescheid genannten Termin einzureichen. Der Vordruck für den Verwendungsnachweis steht auf der Homepage der Stadt Braunschweig zur Verfügung und ist mit folgenden Angaben bzw. Unterlagen vorzulegen: <ul style="list-style-type: none"> - einem Sachbericht über Ablauf und Inhalte der Maßnahmen/Angebote sowie Einschätzung über den Erfolg (Zielerreichungsgrad) mit einer Aufstellung der

<ul style="list-style-type: none"> - einer Teilnehmerliste bzw. Teilnehmerinnenliste mit Angabe des Wohnortes und Originalunterschrift, - einem zahlenmäßigen Nachweis, - einer Belegliste mit durchnummerierten Belegen. Die Belegliste muss einen Bezug zu den Positionen im zahlenmäßigen Verwendungsnachweis haben, - alle Belege des Projektes (Einnahme- und Ausgabenbelege) 	<p>Braunschweig zur Verfügung und wird mit dem Bewilligungsbescheid zugesandt. Die Stadt Braunschweig behält sich vor, stichprobenartig eine Belegprüfung vorzunehmen</p>	<p>in der Vergangenheit als zielführend und zweckmäßig erwiesen.</p> <p>Dennoch ermöglichen die städtischen Richtlinien Verfahrenserleichterungen zuzulassen. Eine stichprobenhafte Belegprüfung kann durchgeführt werden. Sollten im Rahmen dieser Mängel festgestellt werden, müsste eine Komplettprüfung erfolgen.</p> <p>Alle benötigten Vordrucke stehen in der aktuellen Fassung auf der Homepage der Stadt Braunschweig zur Verfügung. Da immer die aktuellen Fassungen einzureichen sind, ist dies den Zuwendungsempfängern bekannt. Aus Kostengründen erfolgt keine zusätzliche Übersendung in Papierform. Der Link zur Homepage kann in die Bescheide aufgenommen werden.</p>	<p>Maßnahmen und Angebote mit Zeitangaben,</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Bildungsmaßnahmen, Kursen und Workshops: einer Teilnehmerinnenliste bzw. Teilnehmerliste mit Angabe des Wohnortes und Originalunterschrift, - einem zahlenmäßigen Nachweis, - einer Belegliste mit durchnummerierten Belegen aller Einnahmen und Ausgaben mit Datum in Bezug auf die Positionen des Verwendungsnachweises sowie Kosten- und Finanzierungsplanes <p>Belege sind ggfs. im Rahmen einer stichprobenhaften Prüfung nachzureichen.</p>
	<p>Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI</p> <p>Spiegelstrich 2 und 3 streichen</p>	<p>Die FRAKTION.-DIE LINKE., Volt und Die PARTEI</p> <p>Spiegelstrich 2 – in der Regel gibt es Programme für die Veranstaltungen in denen die Angaben bereits enthalten sind. Die Aufstellung kann auch im Rahmen des Sachberichtes erfolgen.</p>	

		Spiegelstrich 3 - Es handelt sich um keine neue Regelung. Bisher sind diesbezüglich keine Probleme bekannt.	
	Bürgermitglied Auch die Mindestteilnehmerzahl von 10 Personen samt Unterschriftenliste halten wir für abschreckend und haben einen sehr bürokratischen Charakter, der gerade Integrationsprojekten schädlich sein kann; zumal sich die Frage stellt, ob einem Projekt nachträglich die Finanzierung verwehrt werden kann, wenn die Teilnehmerzahl doch nicht zu Stande kommt (z.B. aufgrund steigender Infektionszahlen, ...)	Bürgermitglied: Es handelt sich um keine neue Regelung. Bisher wurden diesbezüglich auch keine Probleme bekannt, auch nicht während Corona. Eine nachträgliche Verwehrung ist bisher nicht beabsichtigt. Bei ähnlichen Veranstaltungen kann im Rahmen der Förderentscheidung aber auf die Erfolge oder Misserfolge vergangener Veranstaltungen zurückgegriffen werden.	
(2) Folgen bei Fristablauf Werden die erforderlichen Unterlagen ohne nachvollziehbare Begründung nicht innerhalb der gesetzten Frist eingereicht, kann der Widerruf des Zuwendungsbescheides geprüft werden. § 7 S. 1 gilt entsprechend. Eine Fristverlängerung ist in begründeten Einzelfällen auf Antrag möglich.			(2) Folgen bei Fristablauf Werden die erforderlichen Unterlagen ohne nachvollziehbare Begründung nicht innerhalb der gesetzten Frist eingereicht, kann der Widerruf des Zuwendungsbescheides geprüft werden. § 7 S. 1 gilt entsprechend. Eine Fristverlängerung ist in begründeten Einzelfällen auf Antrag möglich.

<p>§ 6 Prüfung der Verwendung Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, die Verwendung der Zuwendungen durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, soweit sie sich auf den Verwendungszweck beziehen, zu prüfen. Hierzu sind die entsprechenden Unterlagen auf Anforderung vorzulegen oder nach Vereinbarung in den Räumen des Zuwendungsempfängers zu prüfen. Sofern andere gesetzliche Auflagen nicht eine längere Aufbewahrungszeit erforderlich machen, sind die Unterlagen über einen Zeitraum von 5 Jahren zum Zwecke der Prüfung aufzubewahren.</p>	<p>Bürgermitglied Verständnisschwierigkeiten habe ich mit § 6 und die Frage inwieweit dieser notwendig ist, wenn wie in § 5 Angeben jeder einzelne Nachweis detailliert mitgeschickt wird Welche weiteren Belege sollen da noch geprüft werden, neben denen, die bereits eingereicht wurden?</p>	<p>Die Regelung ist in den Zuwendungsrichtlinien der Stadt Braunschweig bereits enthalten und wurde hier der Vollständigkeit halber mit aufgeführt. Es ist unter Umständen z. B. notwendig Kontoauszüge anzufordern.</p>	<p>§ 6 Prüfung der Verwendung Die Stadt Braunschweig ist berechtigt, die Verwendung der Zuwendungen durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, soweit sie sich auf den Verwendungszweck beziehen, zu prüfen. Hierzu sind die entsprechenden Unterlagen auf Anforderung vorzulegen oder nach Vereinbarung in den Räumen des Zuwendungsempfängers zu prüfen. Sofern andere gesetzliche Auflagen nicht eine längere Aufbewahrungszeit erforderlich machen, sind die Unterlagen über einen Zeitraum von 5 Jahren zum Zwecke der Prüfung aufzubewahren.</p>
<p>§ 7 Unwirksamkeit, Rücknahme und Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderung der Zuwendung Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie als Folge davon die Rückforderung der Zuwendungen inklusive der zu entrichtenden Zinsen richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensrecht (§ 1 Abs. 1 NVwVfG i. v. m. §§ 48, 49, 49a VwVfG).</p>	<p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 1. Zuwendungen zweckentfremdet werden. 2. sich nachträglich herausstellt, dass der Verein zur Erlangung von Zuwendungen falsche Angaben gemacht hat. 3. die inhaltliche Arbeit im Projekt so verändert wurde, dass das im Antrag vorgesehene Ziel nicht mehr verfolgt wurde Der Erstattungsanspruch kann gemäß den geltenden städtischen Zuwendungsrichtlinien verzinst</p>	<p>Dem Vorschlag kann gefolgt werden.</p>	<p>§ 7 Unwirksamkeit, Rücknahme und Widerruf des Zuwendungsbescheides und Rückforderung der Zuwendung Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf von Zuwendungsbescheiden sowie als Folge davon die Rückforderung der Zuwendungen inklusive der zu entrichtenden Zinsen richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensrecht (§ 1 Abs. 1 NVwVfG i. V. m. §§ 48, 49, 49a VwVfG).</p>

<p>Dies Zuwendung ist insbesondere zu erstatten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zuwendungen zweckentfremdet werden. Zweckentfremdung ist auch dann gegeben, wenn der Verein seine inhaltliche Arbeit derart verändert, dass sie mit den Satzungszielen nicht mehr vereinbart werden kann. 2. sich nachträglich herausstellt, dass der Verein zur Erlangung von Zuwendungen falsche Angaben gemacht hat. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt mit 5 % über dem Basiszinssatz zu verzinsen. 	<p>werden beginnend mit dem Zeitpunkt seiner Entstehung.</p>		<p>Die Zuwendung ist insbesondere zu erstatten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zuwendungen zweckentfremdet werden. 2. sich nachträglich herausstellt, dass die Organisation zur Erlangung von Zuwendungen falsche Angaben gemacht hat. 3. die inhaltliche Arbeit im Projekt so verändert wurde, dass das im Antrag vorgesehene Ziel nicht mehr verfolgt wurde <p>Der Erstattungsanspruch kann gemäß den geltenden städtischen Zuwendungsrichtlinien verzinst werden beginnend mit dem Zeitpunkt seiner Entstehung</p>
<p>§ 8 Schlussbestimmungen Sofern die städtischen Zuwendungsrichtlinien künftig andere Regelungen treffen, ersetzen diese automatisch die Regelungen dieser Vereinbarung. Die Änderungen treten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen städtischen Zuwendungsrichtlinien in Kraft.</p>			<p>§ 8 Schlussbestimmungen Sofern die städtischen Zuwendungsrichtlinien künftig andere Regelungen treffen, ersetzen diese automatisch die Regelungen dieser Vereinbarung. Die Änderungen treten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen städtischen Zuwendungsrichtlinien in Kraft.</p>

<p>§ 9 Inkrafttreten Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft.</p>			<p>§ 9 Inkrafttreten Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft.</p>
---	--	--	---

Betreff:

Sachstand der kommunalen Integrationsplanung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.11.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

24.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Als einen Baustein der kommunalen Integrationsplanung hat die Verwaltung im August 2018 ihren ersten schriftlichen Status Quo Bericht zum Umsetzungsstand (DS.-Nr. 18-08576) der zu diesem Zeitpunkt bereits zehn Jahre alten Planungen vorgestellt. Denn am 8. Juli 2008 hatte der Rat der Stadt Braunschweig das Handlungskonzept „Integration durch Konsens“ beschlossen und damit eine verbindliche Grundlage für die kommunale Integrationsplanung geschaffen.

Nach inhaltlichen Beratungen der Verwaltungsmitteilung in sechs Fachausschüssen (u.a. Ausschuss für Integrationsfragen und Schulausschuss) wurde diese abschließend in der Ratssitzung am 4. September 2018 zur Kenntnis genommen. Rund ein halbes Jahr später erfolgte dann in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 7. März 2019 eine ausführliche Präsentation – jedoch ohne schriftliche Mitteilung als Grundlage.

Seitdem wurde zwar regelmäßig über unterschiedlichste Themen der Integration und auch der Migration berichtet – beispielsweise durch den mündlichen Bericht zu Flüchtlingsangelegenheiten in jeder Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration –, jedoch nicht mehr über den jeweiligen Sachstand in der kommunalen Integrationsplanung. In dem bereits angesprochenen ersten Status Quo Bericht wurde ein Ausblick dahingehend gewagt, dass von den Autorinnen darauf hingewiesen wurde, dass dieser „die Ausgangsbasis für die notwendige Weiterentwicklung und Aktualisierung der Kommunalen Integrationsplanung“ (s. Status Quo Bericht von 2018, S. 178) sein solle.

Ohne einen aktuellen Status Quo Bericht scheint diese Weiterentwicklung schwer möglich. Und nicht nur die dauerhaft angespannte Situation in Bezug auf den Zuzug von Geflüchteten, sondern vor allem auch die aktuellen antisemitischen Auswüchse infolge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober dieses Jahres machen einen kommunalen Aktionsplan wichtiger denn je.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wann erscheint der nächste Status Quo Bericht zur kommunalen Integrationsplanung?
2. Welche Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsplanung hat die Verwaltung seit 2018 vorgenommen?
3. Welche Aktualisierungen sollen im Laufe dieser Wahlperiode – beispielsweise durch einen neuerlichen Ratsbeschluss – noch erfolgen?

Anlagen:

keine

Betreff:

Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Ausländerangelegenheiten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.09.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

24.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der Mitteilung 23-22033 wurde der Rat am 01.09.2023 über die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16 Mio. Euro, in diesem Jahr, informiert. Dazu erfolgte in der Sitzung des FPDA am 07.09.2023 eine mündliche Erläuterung vom Ersten Stadtrat Geiger. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sich die globalen Minderausgaben sowohl aus überzähligen Planmitteln, aber auch aus realen Kürzungen, zusammensetzen würden. Die Konkretisierung der einzelnen Minderausgaben, so erläuterte der Erste Stadtrat aufgrund einer entsprechenden Bitte, könne durch die Kämmerei nicht erfolgen, dies müsse in dem jeweiligen Fachausschuss geschehen.

Aufgrund dieser Erläuterung stellen wir jetzt im zuständigen Ausschuss die folgende Anfrage zum Thema Reduzierung der Mittel für Personal in der Ausländerbehörde. Hier sollen im Bereich Ausländerangelegenheiten die Mittel um 28.383 Euro reduziert werden. Da mehrfach mitgeteilt wurde, dass die Personalsituation im Bereich der Ausländerbehörde sehr angespannt ist und selbst gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben teilweise nicht erfüllt werden konnten, erscheint diese Kürzung besonders fragwürdig.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Handelt es sich hierbei um überflüssige Planmittel oder um eine Kürzung von Leistungen?
2. Falls es sich um überflüssige Planmittel handelt: Welche Beträge wurden für den Bereich der Ausländerangelegenheiten in den Jahren 2018 – 2022 jeweils nicht benötigt?
3. Falls es sich um Kürzungen von Leistungen handelt: Welche konkreten Leistungen werden gekürzt oder ganz eingestellt?

Anlagen:

keine

Betreff:

Mehr Safe-Spaces für queere Geflüchtete

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.11.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

24.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

In vielen Ländern werden queere Personen und Angehörige der LSBTIQ* Bewegung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität verfolgt. Daher ist diese Art der Verfolgung und Verletzung der Menschenrechte ein anerkannter Asylgrund in Deutschland. Auch Personen mit anderen Fluchterfahrungen und Fluchthintergründen, können sich der queeren Community zugehörig fühlen.

Es gibt kaum belastbare Zahlen bezüglich queerer Geflüchteter, jedoch wird angenommen, dass der Anteil in etwa dem Anteil der LSBTIQ* Personen in der Gesamtbevölkerung entspricht.¹ Verschiedene Studien ermitteln, dass zwischen 5-10 % der Gesamtbevölkerung in Deutschland dem queeren Spektrum angehören.

Die Stadt München schätzt den Prozentsatz unter Menschen mit Fluchterfahrung sogar höher ein, da besonders LSBTIQ*-Personen verstärkt aus ihren Heimatländern fliehen müssen. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Geflüchteten nicht als LSBTIQ*-Personen erfasst werden, solange sie die Möglichkeit haben, über einen anderen Fluchtgrund Asyl zu beantragen. München geht daher von 10 % queeren Personen unter den Geflüchteten aus.²

Auch in Braunschweig ist von ähnlichen Anteilen auszugehen, weshalb ein Bedarf besteht, die queeren Geflüchteten richtig und angemessen zu unterstützen. Bisher gibt es in unserer Stadt einige Angebote: So bietet z.B. der VSE ein „Queer Refugee Projekt“ an, bei dem queere Geflüchtete sich vernetzen und vielfältige Hilfestellungen erhalten können.³

Damit diese Angebote genutzt werden können, empfiehlt ein queeres Onlineportal, dass beispielsweise Infobroschüren und LSBTIQ*-Symbole sichtbar ausgelegt werden. So kann auch die Offenheit der städtischen Behörden für die Thematik signalisiert werden. Denn viele geflüchtete Menschen trauen sich (zunächst) nicht, sich zu outen, aus Angst vor negativen Folgen.⁴ Eine vertrauensvolle Atmosphäre, die Schaffung von Safe-Spaces und anonyme und geschützte Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme können hier helfen.

Die LAB als Ankunftscenter in Braunschweig ist der passende Ort, um die LSBTIQ*-Geflüchteten noch besser zu unterstützen und für sie wichtige Informationen zur Verfügung zu stellen. Denkbar wäre neben bereits vorhandenem Infomaterial und Co. auch die Einrichtung und Bewerbung von queeren Wohngruppen, die als besonderer Schutzraum für all diejenigen dienen können, die spezielle Hilfestellungen und Safe-Spaces benötigen. Hier könnten die queeren Wohngruppen der Stadt Hannover als Inspiration dienen. Insbesondere sollten auch eine oder mehrere Wohngruppen für trans*Geflüchtete eingerichtet werden.

Wir fragen:

1. Ist denkbar, verschiedene queere und insbesondere trans* Wohngruppen als Safe-Spaces für LGBTQI*- Geflüchtete in Braunschweig einzurichten?
2. Wie hoch schätzt die Verwaltung den Bedarf an queeren Unterstützungsangeboten für Geflüchtete (z.B. entsprechende Wohngruppen) in Braunschweig ein?
3. Wie kann eine vertrauensvolle und diskrete Atmosphäre geschaffen werden, in der sich Geflüchtete trauen, sich über Angebote wie queere Wohngruppen zu informieren?

¹ vgl. Berlin Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (Online): LSBTI-Geflüchtete; <https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/gefluechtete/lbtti-gefluechtete/#:~:text=Grunds%C3%A4tzlich%20gibt%20es%20keine%20verl%C3%A4sslichen,4%20bis%208%20Prozent%20LSBTI> [entnommen am 08.11.23].

² vgl. münchen.de. Das offizielle Stadtportal (Online): LGBTQI* und Flucht, <https://stadt.muenchen.de/infos/kgl-lgbtqi-flucht.html> [entnommen am 08.11.23].

³ vgl. VSE e.V. (Online): Queer Refugee Projekt, <https://vsebs.de/queer-refugee-projekt/> [entnommen am 08.11.23].

⁴ vgl. Regenbogenportal.de (Online): Inter* und trans* Geflüchtete richtig unterstützen, <https://www.regenbogenportal.de/informationen/inter-und-trans-gefluechtete-richtig-unterstuetzen> [entnommen am 08.11.23].

Anlagen:
keine